

München gegen Berlin.

Abbruch des Verkehrs mit dem Auswärtigen Amt.

München, 27. November.

Die seit einigen Tagen, namentlich seit den bayerischen Veröffentlichungen zutage getretene Abneigung gegen das Berliner Auswärtige Amt und dessen Leiter Dr. Golt haben zu einem außergewöhnlichen Schritt der bayerischen Regierung geführt. Die amtliche Münchener Korrespondenz Hoffmann meldet:

Vom Ministerium des Auswärtigen wurde nachstehendes Telegramm gestern abend an den bayerischen Gesandten in Berlin zur Übermittlung an das Auswärtige Amt gesandt: Die nenerlichen Versuche, die alten Methoden des Auswärtigen Amtes fortzuführen, um das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Auswärtigen des Volksstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzuschließen. Kurt Eisner.

Auf der Berliner Reichskonferenz unternahm Eisner, gleichzeitig bayerischer Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, schon einen scharfen Vorstoß gegen Dr. Golt. Der Einspruch des Auswärtigen Amtes in Berlin gegen die Eisnerischen Entschlüsse haben ihn zu seiner offenen Kampfansage geführt.

Die Gefährdung der Reichseinheit.

Nach Meldungen aus Holland wird für einen selbständigen deutschen Staat im Westen von der Entente lebhaft Stimmung gemacht. In diesen Meldungen heißt es weiter: Wenn Berlin diesen Unruhen nicht Rechnung trägt, wird man bald vor unverhüllten Ereignissen stehen. Aus der neuen Landungssage kann man herauslesen, daß eine Förderung bolschewistischer Grundsätze nur zur Erhöhung des Elendes im deutschen Volke beitragen kann. Ihren Bedingungen kann Deutschland nur nachkommen, wenn der Zentralausschuss in Berlin mit den anderen Dienststellen sich zur gemeinsamen Arbeit zusammenstellt.

Arbeiterräte und Lohnbewegung.

Abauung zur Mobisierung.

Berlin, 27. November.

In einer Versammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins verbreitete sich Volksbeauftragter Barth über die augenblickliche Lage. Er sagte, man könne jetzt keine sozialistischen Experimente machen, es müsse vielmehr alles planmäßig, organisch und großzügig ausgeführt werden. Auch sei die soziale Revolution keine große Lohnbewegung. Gewiß sollten auch die Lohnfordernungen erfüllt werden, aber dazu sei die jetzige Zeit nicht geeignet. Vor allen Dingen gebrauchten wir jetzt Kohle und Lebensmittel.

Das Hauptquartier nach Berlin.

Gegenseitige zwischen Generalen und A.S.R.

Berlin, 27. November.

Das Kabinett hat der Obersten Heeresleitung den Befehl gegeben, sich von Kassel nach Berlin zu versetzen. Es hat ferner die sofortige Absezung des Generals Oberhardt verlangt.

Es handelt sich dabei um die bekannten Befehle dieses und anderer Generale, daß sich alle Dienststellen der von den betreffenden Armeen befehlten Gebiete ihnen unterzuordnen hätten. Zugleich hatte General v. Oberhardt noch das Tragen roter Abzeichen verboten. In Berlin hofft man, daß die militärischen Dienststellen sich, getreu ihrer Befürchtung, dem Willen der Regierung beugen werden. Mehrfach ist es auch im Westen schon zu blutigen Zusammenstößen zwischen Soldaten dieser Heeresteile und A.S.R. gekommen. Es werden alle Maßregeln gegen eine etwaige Gegenrevolution getroffen.

Im Rückmarschgebiet.

Die Länder am Rhein sind ein einziges großes Marschgebiet für die heimkehrende Westarmee. Hunderttausende von Feldgrauen, begeistert begrüßt durch die Bevölkerung, durchziehen die Städte und Dörfer, die sämtlich prächtigen Schmuck zu Ehren unserer Tapferen, die so lange Jahre erfolgreich die Grenzen verteidigten, angelegt haben.

Die Parade der Garde.

Die preußische Garde ist ebenfalls am Rhein, und zwar in Koblenz gewesen, das sie in bester Mannessucht, bejubelt von den Einwohnern, passierte. Aus Koblenz wird darüber folgendes gemeldet:

In den ersten Kompanien sieht man noch die hochgewachsene Gestalten alten Angedenkens, und auch der Durchschnitt des Soldatenmaterials hebt sich deutlich ab von den Liniendivisionen, die sonst hier durchkommen. Die ganze erste Gardeinfanteriedivision hat neue Uniformen vor dem Antritt des Rückmarsches erhalten. Sie macht in ihrer Haltung den besten Einbruck. Die Garde trägt Stahlhelme. Die Soldaten sind geschmückt mit grünen Zweigen und Blumen. Aus jedem Gewehrlauf erblüht ein Sträuchchen mit einem Bähnchen in den Reichsfarben. Wie ist das zweite Garde-Regiment zusammengekommen! Es zählt jetzt nicht mehr als 400 Mann! Das zweite Bataillon ist zusammengezogen in eine einzige kleine Kompanie von 50 Mann. Das Fußlitter-Bataillon umfaßt nur etwa 150 Mann. Auf dem Clemensplatz hält der Gouverneur von Koblenz, Generalleutnant v. Schöder, ihm auf Seite der Kommandeur der ersten Gardeinfanterie-Brigade, Generalmajor v. Jena, und nimmt den Vorbeimarsch ab.

Von Koblenz ist die Garde weitermarschiert nach Gießen, von wo der weitere Abtransport mit der Bahn erfolgt. Auch Berlin hat reichen Schmuck zum Empfang seiner Garnison angelegt.

In Erwartung der Feinde.

In den nächsten Tagen werden die Besatzungsgruppen der Entente nachrücken und das westliche Rheinland mit den Brückenkopfen besetzen. Wie nachstehende Meldung zeigt, bereitet man sich bereits darauf vor.

Koblenz, 28. November.

Der Regierungspräsident macht folgendes bekannt: Der Bevölkerung ist im Verkehr mit dem Feinde ein ruhiges, angemessenes Verhalten zu empfehlen. Nur wenn sie dem Feinde mit derartiger Stolze begegnet, wird sie auch von ihm diejenige aktive gewollte Behandlung erfahren, auf die sie nach den Heldenaten unserer Truppen Anspruch hat. Jeder Mann, jede Frau muß die deutsche Ehre und Würde hochhalten.

Weiter wird amtlich bekanntgemacht, daß die deutschen Polizeitruppen in der neutralen Zone bleiben dürfen, jedoch behält sich das Oberkommando der Verbündeten das

Recht vor, ihre Stärke zu bestimmen. Wegen Belassung der Gendarmerie im Raumungsgebiet steht die Entscheidung noch aus. Wehrpflichtige deutsche Arbeiter und Beamten sind nicht zurückzuziehen. Arbeitskräfte haben an ihren Arbeitsstellen zu bleiben.

Eine Proklamation Fochs.

Der französische Oberbefehlshaber Foch hat von Saarbrücken aus eine Proklamation an die Bewohner des Saarreviers erlassen, in der es heißt:

Die im Augenblick in Kraft befindlichen Gesetze und Verordnungen werden von uns bestätigt, soweit sie nicht unsere Rechte und Sicherheit gefährden. Unter der Leitung und Aufsicht der Militärbehörden wird die Verwaltung weitergeführt. Die Beamten haben die Pflicht und werden aufgefordert, gewissenhaft und ehrlich die Amter auszuüben, die ihnen übertragen sind. Die Gerichte werden in der Rechtsprechung fortfahren. Die Einwohner müssen sich jeder mittelbaren oder unmittelbaren feindlichen Handlung in Wort und Tat gegen die alliierten Behörden enthalten. Sie müssen den Requisitionen Folge leisten, welche ihnen dem Gesetz entsprechend aufgelegt werden. Wer eines Verbrechens oder Vergehen als Ankläger oder Zeuge überführt wird, wird sofort festgenommen und dem Kriegsgericht vorgeführt werden. Jede Widerrede gegen die Verfügungen, die der Bevölkerung befohlen gegeben sind, und jede Gehorsamsverweigerung gegen die gegebenen Befehle werden streng bestraft.

Die Kundgebung ist unterzeichnet: Marschall von Frankreich, Oberkommandierender der alliierten Armeen, Foch, und wird vom Polizeidirektor Saarbrückens in französischem und deutschem Wortlaut der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht.

Französische Posten in Baden.

Nach einer Meldung aus Kehl haben die französischen Truppen in Straßburg nun auch auf der badischen Rheinbrückenseite ohne Mitteilung von Gründen Posten aufgestellt. Deutsches und französisches Militär steht dort in dichter Nähe, tritt aber nicht in Verkehr miteinander. Auch aus anderen badischen Orten wird die Auffüllung französischer Posten auf der rechten Rheinseite gemeldet.

Verschiedene Meldungen.

Doubs, 28. Nov. 27 deutsche U-Boote kamen in Handels an. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der abgeleiteten Boote auf 114.

Berlin, 28. Nov. Über die Stärke der feindlichen Besatzungsgruppen auf dem linken Rheinufer sind noch keine Bestimmungen getroffen worden.

Paris, 28. Nov. Die Räte nahm eine Tagesordnung an, welche der Regierung das Vertrauen ausdrückt, daß sie von Deutschland die unverzügliche Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen verlangen wird, welche sich auf die Ernährung und Ausführung der Kriegsgefangenen beziehen.

Holland und der Kaiser.

Keine Internierung Wilhelms II.

Haag, 28. November.

In Beantwortung von Aufrufen der Entente, welche die Internierung des Kaisers in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der deutschen Armee fordern, hält die holländische Regierung ihre Auffassung aufrecht, nach welcher der Kaiser, nachdem er abgedankt habe, nicht mehr als Mitglied der Armee angesehen und demgemäß auch nicht interniert werden kann. Sie versichert, von dem Staatssekretär Golt eine Note erhalten zu haben, welche die Abdankung mitteilt. Die holländische Regierung fügt hinzu, sie überwache den Kaiser streng, so daß er das holländische Gebiet nicht verlassen kann.

Zu London erklärt man hierzu, die Anwesenheit des Kaisers in Holland veresse die holländische Regierung in eine heikle Lage, da der Kaiser nicht offiziell abgedankt habe und einen flagranten Missbrauch der holländischen Gastfreundschaft begehe und dies veresse die Alliierten in eine viel leichtere Lage gegenüber der holländischen Regierung. Man hoffe, daß Holland seine Auffassungen ändern werde, denn wenn die deutsche Regierung sich weigere, in die Auslieferung des Kaisers zu willigen, so könne man nicht sagen, was für eine Wendung die Dinge nehmen würden. Weiter versichern englische Diplomaten, daß ein Punkt der Tagesordnung der Friedenskonferenz die Erwähnung der Position des Kaisers, des Kronprinzen und anderer Persönlichkeiten bilden werde mit der Absicht, sie wegen ihrer während des Krieges gegen das Völkerrecht begangenen Vergehen gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Das Schloss Wilhelms II.

Strenge Überwachung von Kaiser und Kronprinz.

London, 27. November.

Ein Ententediplomat erklärt, daß Wilhelm II. nicht mehr in Holland bleiben kann. Über die Rückkehr beider nach Potsdam braucht man sich nicht den Kopf zu zerbrechen. Auf jeden Fall werde man alles tun, um das zu verhindern. Der gewesene Kaiser und sein Sohn werden, gleichzeitig mit welchem Ziel, das Gebiet Hollands nicht ohne die Zustimmung der Alliierten verlassen. Das alte Deutschland kann aus seiner Asche nicht mehr erstehen. Alles ist vorbereitet worden.

Der Kaiser und der Kronprinz sind, so versichert dieser Diplomat weiter, gut verwahrt, es handelt sich nicht um Kaisar, auch nicht um Potsdam, doch werden die einsamen Spaziergänge in dem Park von Erinnerungen nur einige Zeit dauern. Auch sind die Rechtsberater der englischen Krone aufgefordert worden, ein Rechtsurteil über diese Angelegenheit abzugeben. Die holländische Presse äußert sich dahin, daß wegen einer Schuld am Kriege höchstens die deutsche, nicht aber eine andere Regierung die Auslieferung Wilhelms II. fordern kann.

Friedensmöglichkeit im Frühjahr 1918.

Wie in Diplomatenkreisen der Entente behauptet wird, wäre diese im Frühjahr 1918 bereit gewesen, in eine Friedensförderung einzutreten mit verhältnismäßig günstigen Bedingungen für Deutschland. Dieses hätte Belgien räumen und zwei Drittel der Entschädigung zahlen müssen, während die Alliierten bereit waren, ein Drittel der Entschädigungssumme zu tragen. In Elsass-Lothringen hätte eine Volksabstimmung über dessen Zukunft zu entscheiden gehabt, wobei der Prozentsatz der seit 1870 ausgewanderten Bevölkerung zugunsten Frankreichs mit eingerechnet werden mußte. Serbien, Montenegro und Rumänien hätten sofort geräumt werden und eine Entschädigung seitens der Mittelmächte erhalten müssen, wobei noch die Alliierten zu einer prozentualen Beteiligung bereit waren. Die deutschen Kolonien sollten zurückgegeben werden. In diesem Augenblick sollte die Note des Grafen Burian erscheinen, durch die er die Kriegsführer zur Konferenz über die Friedensfrage einladen wollte. Das Hindernis für die Ausführung dieses Schrittes bildete Hindendorff, der den österreichisch-ungarischen Diplomaten

entworene: Vorsicht uns siegen! Zu seiner Umgebung äußerte sich Hindendorff, man müsse sich mit dem Friedensschritt sehr beeilen, wenn man nicht zu spät kommen wolle. 24 Stunden später begann die deutsche Offensive.

Unser gordner Rückmarsch.

Von dem Berichterstatter des amerikanischen Pressebienstes bei einer amerikanischen Armee wird erzählt, daß die Deutschen, die große Vorräte an Lebensmitteln und Munition mit sich führen, durch das schnelle Vorrücken der amerikanischen Abteilungen an der luxemburgisch-deutschen Grenze überragt worden seien. Während die Deutschen auf dem einen Ufer des Flusses dahinzogen, konnten sie die Amerikaner auf dem anderen Ufer marschieren sehen. Darauf sandten sie einige Offiziere zurück, um die Amerikaner zu ersuchen, nicht so schnell vorzurücken, da es den Deutschen unmöglich sei, so rasch abzumarschieren, ohne in Unordnung zu geraten. Es blieb den Amerikanern nichts übrig, als ihre Bewegungen zu verlangsamen. Der Bericht schreibt: Die allgemeine Absicht des deutschen Kriegsvolkes ist, die besetzten Gebiete ohne Tumult zu verlassen. Die Verwirrung im Transportwesen scheint zu Ende zu sein. Trotz der Niederlage scheinen die Deutschen gute Dinge zu sein. Die ehrgeizende Armee läßt wenig Ausrüstungsgegenstände zurück und singt auf dem Rückzug Marschlieder. Der allgemeine Eindruck herrscht, daß die Deutschen, obwohl geschlagen, doch nicht besiegt seien. Ihre Haltung den Amerikanern gegenüber ist gutmütig. Nach allen Berichten gehorchen die Truppen trotz der revolutionären Gerüchte ihren Offizieren, und es ist wenig von Unordnung zu sehen."

Mesensfeuerwerk an der Front.

Über die Aufnahme, die der Abschluß des Waffenstillstandes an der Front hervorruft, macht der amerikanische General Johnson, der ein Kommando an der nördlichen Verdunfront hatte, interessante Mitteilungen. Danach brachten die deutschen Truppen ihre sämtlichen Signalraketen ab, daß der nächtliche Himmel wie von einem Feuerfeuerwerk erleuchtet schien. Die Kundgebung wurde von Franzosen und Amerikanern beantwortet, und der nächtliche Himmel war mehr als eine Stunde lang taghell erleuchtet.

Gefechtdienst.

Drach- und Korrespondenz-Meldungen

Vom Zentralrat der Marine.

Berlin, 27. Nov. Der 53er Ausschuss der Marine hat folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt und durch drei Präsidenten des Ausschusses dem Rat der Volksbeauftragten überreicht lassen:

Der 53er Ausschuss der Marine protestiert ganz energisch gegen die Machenschaften der Generäle, welche die A.S.R. verhöhnen. Der Zentralrat der Marine fordert die Volksbeauftragten auf, unverzüglich Schritte zu unternehmen, daß diese Machenschaften unterblieben und unsere Brüder wieder auf freiem Fuß gesetzt werden, damit die Früchte der Revolution nicht zunichte werden."

Ganz Bayern für die Nationalversammlung.

München, 27. Nov. In der Münchener Presse regt sich entschiedener Widerstand gegen das Auftreten Eisners auf der Berliner Reichskonferenz. Die Münch. R. N. behaupten in vollem Gegenatz zu Eisner, die bayerischen Frontsoldaten wie fast das gesamte bayerische Volk seien für sofortige Einberufung der Nationalversammlung.

Versteigerung der Einrichtung des Großen Hauptquartiers.

Bad Homburg, 27. Nov. Die viele Millionen an Wert umfassenden Einrichtungen des Großen Hauptquartiers werden öffentlich versteigert werden. Für eine halbe Million Mark Württel waren bereits bei der Auktion in Kassel gestohlen.

Die schwarzen Hilfsvölker in der Pfalz.

Ludwigshafen, 27. Nov. Die Befreiung der westlichen Pfalz durch farbige Truppen hat in der Bevölkerung große Empörung und Entrüstung hervorgerufen.

Räumung vorzeitig besetzten Gebietes.

Ludwigshafen, 27. Nov. Das Oberkommando der Truppen in der Pfalz teilt mit: Nach Meldung der pfälzischen Bezirksämter räumen die Ententetruppen die Ortschaften an der Südgrenze der Pfalz, welche sie entgegen dem Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen vorzeitig besetzt haben. Anschließend erfolgt die Räumung auf Grund des Einspruches der Waffenstillstandskommission.

Trier von Amerikanern besetzt.

Trier, 27. Nov. Einer Abordeur des hiesigen A.S.R. die wegen der Befreiung Trier beim französischen Divisionskommandanten in Saarlouis vorsprach, wurde erklärt, daß die Befreiung Trier nicht durch Franzosen, sondern durch amerikanische Truppen erfolgen würde, die sich bereits auf dem Wege nach dorthin befänden.

Frankfurt a. M. wird nicht besetzt.

Frankfurt a. M., 27. Nov. Der Frankfurter A.S.R. gibt folgendes Telegramm der Reichsleitung bekannt: Dort verdeckte Gerüchte, daß französische Frankfurter besetzen, entbehren jeder Begründung. Verhandlungen schwelen, daß Frankfurt mit Vororten reißlos der neutralen Zone einverlebt wird. Das Resultat dieser Verhandlungen wird mitgeteilt, sowie es hier eingehet. Staatssekretär Erbberger.

General Hoffmann und Prinz Leopold von Bayern interniert.

Zürich, 27. Nov. Wie der Bürcher Anzeiger von litauischen Seiten vermitteilt, ist der von den Friedensverhandlungen in Brest-Litowitk allgemein bekannte General v. Hoffmann in Brest-Litowitk interniert worden. Erbprinz Leopold von Bayern, der noch Anfang November in Riga weilte, ist in einem Dorfe in der Nähe von Rowno interniert.

Arbeiterkundgebung gegen Clemenceau.

Paris, 27. Nov. In Paris entwickelt sich eine riesige Kundgebung von Arbeitern. Anfanglich waren nur etwa 100000 Arbeiter versammelt, aber sie erhielten ungeheure Zuläufe. Die unüberschaubare Menge zog unter dem Gesang der Internationale durch die Straßen und stieß Schwärme gegen Clemenceau aus.

Wilson's Europareise.

Haag, 27. Nov. Berichte aus Washington besagen, daß Präsident Wilson am 3. Dezember nach Europa abreisen wird. Sein Aufenthalt ist auf sechs Wochen berechnet.

Der Schrein nach den "Schuldigen".

Basel, 27. Nov. Die in Versailles tagende Wirkungskommission zur Untersuchung der Schuldfrage am Kriege hat nach dem "Kompromiß" beschlossen, der großen Ententekonferenz einen Antrag auf Auslieferung Wilhelms II. durch Holland zu unterbreiten. "L'Homme Libre" veröffentlicht eine Liste der angeblich Schuldigen, deren Auslieferung verlangt werden müßte. Auf der Liste stehen Wilhelm II., der frühere deutsche Kronprinz, Tippit, Capelle, General Hoffmann, Falckenbach, Konrad v. Hindendorff und zwanzig andere Namen. Hindenburg und Rupprecht von Bayern befinden sich nicht auf der Liste.

Romanones über die Zukunft Deutschlands.

Oesterreich-Ungarns Verluste.

Wien, 27. Nov. Eine parlamentarische Korrespondenz veröffentlicht auf Grund der amtlichen Verlustlisten eine Zusammenstellung der Verluste im Kriege. Danach betragen die Gesamtverluste an Toten und Verwundeten bis zum Mat 1918 über Millionen Mann. An Gefallenen werden genannt 800 000 Mann und etwa 17 000 Offiziere.

Die Wiener Christlich-Sozialen gehen zur Republik über.

Wien, 27. Nov. Die Christlich-Soziale Partei, die bisher noch monarchische Richtung aufrecht erhielt, hat sich nunmehr zur Republik bekannt.

Gesamtverluste der englischen Marine.

London, 27. Nov. Die Admiralität gibt bekannt, daß die Marine während des Krieges 89 766 Offiziere und Mannschaften verloren hat. Davor befinden sich 2476 Offiziere und 30 525 Mann an Toten. Außerdem haben 14 681 Offiziere und Mannschaften der Handelsflotte ihr Leben eingebüßt.

Ein Alliiertengeschwader unterwegs nach Sebastopol.

Paris, 27. Nov. Ein alliiertes Geschwader von fünf Schlachtschiffen, zwei Kreuzern und neun Zerstörern unter dem Kommando des Admirals Galthorpe fuhr am 26. d. Mts. nach Sebastopol ab. Ein Kreuzer, zwei Zerstörer und ein Minenboot waren dem Geschwader vorausgefahren.

Italienischer Passagierdampfer gesunken.

Ugram, 27. Nov. Der italienische Dampfer "Rossarola" ist auf dem Weg von Pola nach Trieste gesunken. Der größte Teil der Passagiere ist umgekommen.

Um Scheidemann und Dr. David.

Berlin, 28. Nov. Um 2 Uhr heute mittag trat der Parteivorstand der Mehrheits-Sozialdemokratie zusammen. Die Verhandlungen beschäftigten sich mit den bekannten Angriffen gegen Scheidemann und Dr. David und dauerten in den Abendstunden noch fort.

Protest gegen die Auflösung des preußischen Herrenhauses.

Berlin, 28. Nov. Graf Arnim-Boisenburg, Präsident des preußischen Herrenhauses, veröffentlicht folgenden Protest:

Nach Bekanntmachungen hat die revolutionäre preußische Regierung in Übereinstimmung mit einem Beschuß des Volksrats des USA von Berlin am 18. November die Auflösung des Herrenhauses verordnet. Der Regierung wie dem Volksrat steht eine gesetzgebende Gewalt, die das geltende Verfassungsrecht für den preußischen Staat zu ändern vermöchte, nicht zu. Namens des Gesamtvorstandes des Herrenhauses lege ich gegen die geplante Maßregel hierdurch Widerholtung ein.

Der Thronverzicht der Hohenzollern.

Berlin, 28. Nov. Wie hier aus unterrichteter Quelle verlautet, wurde Wilhelm II. aufgefordert, einen formalen Thronverzicht für sich und den früheren Kronprinzen zu unterzeichnen. Ein solcher Verzicht lag schriftlich bisher noch nicht vor. Gerüchte verlautet, das Schriftstück sei bereits hier eingetroffen.

Das Schicksal der Ostafrikakämpfer.

Berlin, 28. Nov. Auf die Anfrage der deutschen Waffenstillstandskommission über die weitere Behandlung der deutschen Truppen in Ostafrika hat das englische Kriegsministerium geantwortet, daß die deutschen Truppen in Stärke von 155 Europäern, 1165 Askaris und etwa 3000 sonstigen Farbigen, darunter 282 Häftlinge, die Waffen gestreikt hätten. Die Truppen würden in Übersee, am Süden des Langamitai-Sees, gesammelt. Den weiteren Abtransport veranlaßte sodann die englische Regierung.

Englische Drohungen in Spanien.

Berlin, 28. Nov. Bei der letzten Sitzung der Waffenstillstandskommission beschwerten die englischen Vertreter sich, daß die englischen Kriegsgefangenen aus Deutschland halb verhungert, frak und ohne genügende Kleidung in den Künsten der Alliierten anlangten. Die Engländer ließen die deutsche Entgegnung nicht gelten, daß die Überstände durch überstürzte Räumung infolge der Waffenstillstandsbedingungen durch selbständiges Entfernen der Gefangenen usw. verursacht seien und drohten mit Wiederaufnahme der Feindseligkeiten wenn nicht Abhilfe getroffen werde. Von deutscher Seite geschieht alles, um eine ordnungsgemäße Heimzufassung der Gefangenen sicherzustellen.

Freigabe von Lebensmitteln an Deutschland.

Haag, 28. Nov. Hier haben deutsch-englische Verhandlungen stattgefunden über die Freigabe von Lebensmitteln an Deutschland. Es handelt sich um Lebensmittel, die für Deutschland bestimmt waren und bisher in Holland unter englischer Kontrolle lagerten. Grundsätzliche Einwendungen gegen die Ausfuhr wurden von den Engländern nicht erhoben.

Die Franzosen in der Pfalz.

Karlsruhe, 28. Nov. Die in der Westpfalz eingeschlossenen französischen Truppen haben den weiteren Vormarsch eingestellt. Die Bahnlinien sind durch schwarze Kolonialsoldaten gesichert worden.

General v. Hoffmann und Leopold von Bayern in Freiheit.

Kowno, 28. Nov. Der "Bücher Anzeiger" veröffentlicht eine Meldung, wonach der aus den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk bekannte General Hoffmann in der Festung und Prinz Leopold von Bayern in einem Dorfe in der Nähe von Kowno interniert sein sollen. Wie wir von zuständigen Stellen hören, ist diese Meldung glatt erfunden. General Hoffmann steht nach wie vor auf seinem Posten und Prinz Leopold von Bayern ist immer noch der Oberbefehlshaber der Truppen an der Ostfront.

Die frühere deutsche Kaiserin auch in Holland.

Amsterdam, 28. Nov. Die frühere deutsche Kaiserin ist heute morgen in Maarsbergen bei Utrecht angekommen. Sie wurde am Bahnhof vom Grafen Bentinck empfangen und fuhr im Automobil nach Schloss Amerongen.

Wilhelm II. an Grippe erkrankt.

Amsterdam, 28. Nov. Der frühere Deutsche Kaiser ist an spanischer Grippe heftig erkrankt und muß das Bett hüten.

Frankreichs Demobilisierung.

Paris, 28. Nov. Pariser Nachrichten besagen, daß die französische Demobilisierung am 17. Dezember beginnen soll am Tage, an dem der Waffenstillstand abläuft.

Hungergefahr in den besetzten deutschen Gebieten.

Zürich, 28. Nov. Das "Journal des Débats" schildert in einem Bericht die großen Versorgungs- und Transportschwierigkeiten in den zurückeroberten Gebieten. Es genügt nicht, die Schwierigkeiten zu konstatieren, sondern man müsse sie auch lösen. Der Hunger warte nicht. Es lasse sich nicht verbergen, daß man in den besetzten Gebieten in der Lebensmittelversorgung auf große Schwierigkeiten stoße; die Lage sei beunruhigend.

Zusammenfahrt in Düsseldorf.

Düsseldorf, 28. Nov. Beim Einrücken des Ref.-Inf.-Regts. Nr. 80 kam auf der Rheinbrücke ein Hauptmann mit einem Angehörigen des USA in Brüderlichkeit. Im Verlaufe des Streits schob der Offizier den Mann nieder. Das Regiment stürzte später die Wache an seiner Kaserne, wobei zwei Soldaten verwundet wurden. Eine größere Abteilung des Regiments verlor dann die rote Fahne vom Rathaus herunterzuhören. Es wurden einige Schüsse geschossen. Ein Angehöriger des Freiwilligenregiments stellte die Stube wieder her.

Landwirte gegen streikende Bergarbeiter.

Bremen, 28. Nov. Die Landwirteverammlung des Kreises Strelitz fasste eine Entschließung, daß die Bauern bei

Vorlesung des verbrecherischen Bergarbeiterstreiks die Lebensmittelbelieferung des oberösterreichischen Industriebezirks einstellen.

Die "Los von Berlin"-Bewegung.

Karlsruhe, 28. Nov. In allen badischen Blättern erschien heute ein in starken Worten abgefaßter Aufruf der Fortschrittlichen Volkspartei, die sich mit 123 Ortsgruppen der deutschen demokratischen Partei angehören hat. Der Aufruf wendet sich gegen die bolschewistische Berliner Klasse, die zum Brudermord treibe. Die Parole müsse heißen: "Los von Berlin und gegen Berlin!"

Zeit und Streitfragen.

Stimmen aus allen Parteien.

Die Schuld am Kriege.

Professor Hans Delbrück, der bekannte konservative Friedensfreund, richtet an den Vorwärts eine Botschaft, um deren Aufnahme er im Namen der Gerechtigkeit erachtet. Er beschäftigt sich mit dem von der gegenwärtigen bayerischen Regierung der Öffentlichkeit preisgegebenen Verdienstfeldischen Bericht, und kommt zu dem Schluß:

Der ungeheure Irrtum der deutschen Regierung war, daß sie glaubte, Russland werde sich die Demütigung Serbiens gefallen lassen, und der ungeheure Irrtum des deutschen Generalstabs war, daß er glaubte, die deutsche Armee werde in vier Wochen mit Frankreich fertig sein. Man mag über diese Irrtümer urteilen so streng und so hart, wie man will, auf keinen Fall aber haben sie etwas zu tun mit der Beleidigung, die deutsche Regierung habe den Krieg betrieben und angezettelt. Der Weltkrieg ist außergangen von dem panslawistisch-autokratischen Russland, und wenn Deutschland Österreich zu ehrlichem Vorgehen vorwärts getrieben hat, so hat es das getan in der Hoffnung, den Weltkrieg dadurch nicht zu entzünden, sondern zu vermeiden. Das konnte man schon aus den bisherigen Veröffentlichungen erkennen, und das wird durch die Veröffentlichungen des Grafen Verdienst lediglich bestätigt.

Aus dem Nachwort des Vorwärts seien hier folgend Sätze wiedergegeben:

Die Meinungsverschiedenheiten über die Schuld der deutschen Regierung am Kriege erklären sich, vielleicht daraus, daß diese Regierung als Gangs etwas höchst Verschwörungsmäßiges war, in dem die verschiedensten Strömungen durcheinander ließen.

Reben zielbewußten Kriegstreibern, die den Sieg schon in der Tasche hatten, gab es Angstliche, die hofften in die Zukunft blicken, und Spitzhüdige, die meinten, nur durch die schärfste Form der kriegerischen Drohung könnte der Frieden noch gereettet werden. Zum Teil dieses chaotischen Kreisels stand ein Herrscher, der seine neu hinzuholte Haltlosigkeit hinter däucheriger Strammmut und Schwereidigkeit zu verborgen suchte. Zum und seinem Bettmann ging es schließlich wie dem Mann in Schillers Bürgerschafft:

Da packt ihn die Angst, da färbt er sich Mut.

Und wirft sich hinein in die brausende Flut.

... Zugesehen ist aber, daß die rücksichtslose Entführung des deutschen Anteils an der Kriegsschuld auch einen Rauchteil hat, nämlich den, die Mithilfe der Kriegstreiber auf der anderen Seite vergeben zu lassen. Die zarischen Agenten und Generale könnten am Ende noch vor der Weltgeschichte als weigergeschickte Unschuldengel erscheinen, und das hat die Weltgeschichte nicht verdient...

Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Dr. v. Bethmann Hollweg nimmt auch das Wort, indem er einem Vertreter der Deutschen Allg. Btg. erläutert, es sei richtig, daß seine Regierung dem österreichischen Vorgehen gegen Serbien zugesagt und die Erfüllung der deutschen Bündnispflicht ausdrücklich zugesagt habe. Allerdings habe man in Berlin den Wortlaut des Ultimatums nicht gelesen. Er, Bethmann Hollweg, sehe den Tag herbei, wo er dazu beitragen könne, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof der Wahrheit zum Siege zu verhelfen.

Gegen Mitglieder des Volksrates

richtet die Tägliche Rundschau einen scharfen Angriff, der Aufsehen erregen muß und sicherlich widerlegt werden wird. Das Blatt schreibt:

Jeder einstige Beobachter erkennt ja ohne weiteres, wie deutlich bereits unser ganzes Verkehrsweisen und unsere gesamte Ernährungspolitik erüttelt und aerrüttet ist durch die fortwährenden militärischen Willkürakte der einzelnen USA. Zur Belästigung und Unfähigkeit kommt aber an allen Enden und Enden auch noch vielseitige Unlaubertät persönlicher Art. Es sei nur daran erinnert, daß z. B. aus Braunschweig die Germania berichtet, wie dort die USA die Menschen beklagten, daß sie Nahrungsmitte unter sich und ihre guten Freunde verteilten. Eine Korruptionsscheinung anderer Art ist die Vergeudung öffentlicher Geldmittel, die allenthalben von den Räten getrieben wird. Es ist unmöglich, die Mittelungen, die über dieses Unwesen gemacht werden, im einzelnen nachzuprüfen, aber es müßte im eigenen Interesse des USA liegen, solche Angaben, falls er dazu imstande ist, bereitkräftig zu berichtigten. Nicht um sie uns anzueignen, sondern lediglich, um den mit ihrer eigenen Ehre daran interessierten Kreisen Gelegenheit zur Richtigstellung zu geben, seien einige dieser Behauptungen erwähnt. Es wird z. B. versichert, daß die Mitglieder des Volksrates sich selbst fähige Aufwandsgeber von 20.000 Mark auf den Kopf bewilligt hätten. Es wird versichert, daß Boten, die unter dem hochtrabenden Namen "Kuriere" für den Volksrat in Berlin umherlaufen, täglich 50 Mark erhalten; Kontoristinnen, die in den Räumen des USA ihre Zeit verbringen, sollen 25 Mark pro Tag erhalten. Einzelne Mitglieder des Rates und Ausschusses sollen dabei eine Betterwirtschaft inszeniert haben, indem sie ihre Baten und Betttern halbzuwendung in solchen angenehmen Posten unterbrachten...

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die L. R. stets als "nationalistisch" bezeichnet wird, so daß ihre Gegner schrift gegenüber der neuen Regierung verständlich ist. Trotzdem wird der Volksrat für schlemige Ausheilung dieses dunklen Punktes sorgen müssen.

Spartakus gegen Ebert.

Das Organ des Spartakusbundes, das ist der Anhänger Karl Liebknecht, die Rote Fahne, beschuldigt den Volksbeauftragten Ebert des Hochverrats an der Revolution. Das Blatt beruft sich auf den Pariser "Temps", der behauptet, daß Wilson die Versorgung Deutschlands mit Lebensmittel von der Aufrechterhaltung der Ordnung in der neuen Republik abhängig gemacht habe auf Anregung der deutschen sozialistischen Regierung.

Schon mit dem Tage der Revolution — schreibt die Rote Fahne — hatte ja die deutsche Regierung begonnen, mit der Hungerpeitsche Amerikas in den Blättern drohen zu lassen. Bescheiden und ohne Kommentar veröffentlichte sie am 14. November abends die folgende Note:

Die deutsche Regierung bittet den Präsidenten der Vereinigten Staaten, dem deutschen Reichstagsabgeordneten mitzuteilen, ob er damit rechnet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit ist, ohne Verlust Lebensmittel nach Deutschland zu schicken, wenn die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrechterhalten bleibt und eine gerechte Verteilung der Lebensmittel verbürgt ist.

Als die deutsche Regierung diese Note veröffentlichte, mußte Ledermann und alle Welt annehmen, daß diese Bedingung nur eine auf harte Druck gemachte Koncession an die Gegner sei. Nun stellt sich heraus, daß Herr Ebert diese Bedingung den Gegnern angetragen hat...

Hieraus leitet das Blatt sechs Anklagepunkte gegen die Regierung Ebert-Scheidemann her und erwartet den Urteilsspruch: "In den Orkus hinab! hinab!" Der Vorwärts tut diesen Angriff kurz ab, indem er sagt, daß es sich hier um einen aufgelegten Spartakus-Schwindel handle.

Die Gehälter im Vollzugsrat.

Die Freiheit, das Organ der Unabhängigen Schreibt, offensichtlich im Auftrage einer zuständigen Stelle: Einige Tageszeitungen haben die Nachricht gebracht, daß der Vollzugsrat Kuriere 40 Mark, Schreibmaschinen damen 25 Mark als tägliche Lohnung bezahlt. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Die Kuriere erhalten bis zur endgültigen Regelung der Lohnungsfrage 30 Mark, die Schreibmaschinen-damen 12 Mark täglich, bei täglich 10stündigem Dienst.

Das Gespenst der Hungersnot.

In der "Sozialistischen Korrespondenz" heißt es in einem Artikel:

In der Konferenz der neuen deutschen Freistaaten hat Eisner gesagt, es käme nicht darauf an, ob wir sozialisieren, sondern ob wir die nächsten Monate lebend überstehen. Das Problem ist hier klar gestellt. Wir haben nicht genug Lebensmittel. Es steht ganz fest, daß wir nicht bis zur nächsten Ernte gelangen können, selbst wenn die Transporte verhältnisse einigermaßen normal bleiben. Kurz nach Ostern ist alles vorbei. Haben wir bis dahin nicht Hilfe vom Ausland erlangt, dann sind wir im Wettkampf zwischen uns und dem Tod unterlegen. Auch bis dahin brauchen wir noch Ressourcen für die Industrie und das Transportwesen, brauchen eine regelmäßige Ablieferung der Lebensmittel durch das Land. Gelingt es nicht, all das zu organisieren und in Ordnung zu halten, dann sind wir schon vor Ostern am Ende. Dann löst sich Deutschland in Hunger und Anarchie auf, und die sofort einrückenden Feinde erscheinen dann noch als Retter.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Beleidigung der preußischen Ministerien ist nunmehr folgende: Handel: Fischbeck. Beigeordneter: Hesse (die zweite Stelle ist noch nicht besetzt). Krieg: Götzsch. Unterstaatssekretär: Göhre. Öffentliche Arbeiten: Hoff. Beigeordneter: Paul Hoffmann, Brunner. Inneres: Hirsch. Dr. Breitfeld. Beigegeben: Eugen Ernst. Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Adolf Hoffmann, Hänsel. Finanzen: Dr. Südfeld, Simon. Landwirtschaft, Domänen und Forsten: Braun, Höfer. Justiz: Dr. Stolzenfeld, W. Heine.

Das preußische Kultusministerium hat die Aufhebung der geistlichen Schulauflösung mit sofortiger Wirkung angeordnet. Die bisherigen Inhaber bleiben solange im Amt, bis ihre Befugnisse durch die Kreisschulinspektoren übernommen sein werden. Die Übernahme ist unverzüglich in die Wege zu leiten und muß am 31. Dezember abgeschlossen sein. Ferner ist das Kriegsministerium gebeten worden, alle Lehrer ohne Unterschied sofort zu entlassen zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs.

Nach einem preußischen Erlass können auch weibliche Personen in Verwaltungsdeputationen bestellt werden, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen, unter denen nach den geltenden Gesetzen männlichen Personen das Bürgerrecht zusteht. Insofern nach den bestehenden Bestimmungen der Beleidigung für männliche Personen am Haus- und Grundbesitz, Einkommen oder Steuerzahlung geknüpft ist, sind bei verheirateten weiblichen Personen diese Voraussetzungen auch dann als vorliegend anzusehen, wenn sie bei dem Ehemanne erfüllt sind. Im übrigen sind Steuerzahlungen, Einkommen, Haus- und Grundbesitz der minderjährigen oder in elterlicher Gewalt befindlichen Kinder der Mutter anzurechnen.

Bei Untersuchung etwaiger Gesetzwidrigkeiten bei der Gefangeneneinbehaltung in Deutschland ist eine besondere Kommission eingesetzt worden. Die Kommission erhält das Recht, zur Vereidigung von Zeugen die Gerichte in Anspruch zu nehmen und die Schuldigen ohne Ansehen der Person, vorbehaltlich etwaiger strafrechtlicher Verfolgung, ohne Befreiung aus dem Heer auszustößen. Die Kommission wird ihre Arbeit sofort aufnehmen.

Die Regierung wendet sich nachdrücklich gegen Einbrüche in die Pressefreiheit, wie sie mehrfach vorgekommen sind. Sie weist darauf hin, daß der Staat der Volksbeauftragten sofort bei Übernahme der Regierung vollkommene Pressefreiheit verkündet habe. Es ist deshalb unzulässig, daß von USA oder irgendwelchen anderen Stellen in die Pressefreiheit eingegriffen wird.

Über die Zukunft Niedersachsens hat der dänische Minister an den Reichstagsabgeordneten Hansen ein Schreiben gerichtet, in dem er sagt: Die dänische Regierung wird sich jetzt an die Regierungen der assoziierten Mächte wenden, um bei den Verhandlungen über den Weltfrieden für das Recht der dänischen Niedersächsischen Anerkennung zu erlangen, indem sie gleichzeitig unter Hinweis auf das an sie gerichtete Schreiben des Ministers des Innern der deutschen Republik diesem Mitteilung hierüber gibt.

In den nächsten Tagen schon wird ein Aufruf an die Schüler der obersten Klassen der höheren Lehranstalten erfolgen, in dem eine Mitwirkung an der Selbstausbildung und Selbstziehung aufgefordert werden wird, denn, so meinte der Minister, unsere Zeit hat auch die Jugend zu Männern ausgebildet.

* Über die Trennung von Kirche und Staat in Sachsen erklärt der sächsische Kultusminister, daß der Religionsunterricht in den Schulen vom 1. April 1919 ab eingestellt werden solle. Den Kirchen sollte das Recht, Kirchensteuern zu erheben, völlig und sofort entzogen werden; die politischen Gemeinden sollen kein Recht haben, die Kirchensteuern (auch nicht gegen Entgelt) mit den Staats- und Gemeindesteuern einzuziehen.

* In den bayerischen Entschlüsse über die Schuld am Kriege erhebt die französische Presse einen erdrückenden Beweis für die Schuld der deutschen Regierung, die mit allen Mitteln zum Kriege getrieben und das zögernde Österreich zur Aufgabe des letzten Widerstandes veranlaßt habe. Der "Lemps" verlangt nach einem neuen Ausfall gegen die jetzige Reichsleitung, die unter der roten Fahne nur die Wahrheit befandt wolle, und die Einführung eines internationalen Gerichtshofes zur Feststellung der Schuld. Nach Auffassung des Blattes soll die Befragung der Schulden in den Friedenspräliminarien gesichert werden. Die Forderung der Errichtung eines internationalen Gerichtshofes wird auch von dem "Petit Parisien" vertreten.

* Über die Wahlordnung zur Nationalversammlung sind die Beratungen noch nicht abgeschlossen. Die Zahl der Wahlkreise steht noch nicht genau fest, doch rechnet man mit 40 Verhältniswahlbezirken, auf die dann eine entsprechende Anzahl von Abgeordneten entfielen. Ihre Zahl soll so ermittelt werden, daß auf durchschnittlich 150000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt.

* Nach verschiedenen Meldungen aus dem Ausland wird mit der Teilnahme von wenigstens fünfhundert amtlichen Persönlichkeiten am Friedenkongress gerechnet. Die Zahl der Teilnehmer ohne direkten Auftrag dürfte nach den Vorbereitungen, wenigstens das Dreifache betragen. In Pariser Kreisen, die am Fremdenverkehr interessiert sind, wird insbesondere mit einem starken Strom aus den Vereinigten Staaten gerechnet.

* Gegen die einseitige Zusammensetzung des Völzugsrates in Berlin wendet sich der Soldatenrat der Ostarmee. Er verlangt: Den unverzüglichen Zusammentritt des Reichskongresses der RSM und die sofortige Befassung der von den geschlossenen Armeegruppen der Ost- und Westfront zu entsendenden Delegierten für die Entscheidung aller für das neue Deutschland grundsätzlichen und militärischen Fragen.

Frankreich.

* Eine von 10000 Arbeitern besuchte Generalversammlung des französischen Gewerkschaftsbundes wandte sich scharf gegen die Regierung Clemenceau, die nichts zur Lösung der Friedensfragen tue. Die Versammlung verlangte die Bildung der Gesellschaft der Nationen unter freier Mitwirkung aller Völker, den Verzicht auf den Wirtschaftskrieg, Freiheit der Meere, Schaffung einer internationalen Behörde für das Transportwesen und für die Verteilung der Rohstoffe, Internationalisierung der Kolonien, keine Repressalien, keine Gebietsaneignungen, Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Finland.

* Der Vorsitzende des finnischen Landtags, Professor Innmann, konservativer Altfünf, Monarchist, hat eine neue Regierung gebildet, bestehend aus sieben Monarchisten und sechs Republikanern. Im Kabinett sind keine Agrarier vertreten, die als Bedingung für ihren Eintritt in die Regierung republikanische Mehrheit verlangten. Die Opposition dieser Agrarier verspricht dem Kabinett keine lange Dauer, zumal die mächtigste Partei, die Sozialdemokratie, die Agrarier mit allen Kräften unterstützt.

* Über die Vorgeschichte des Krieges will auch die österreichische Regierung ihre Alten veröffentlichen. Ferner wird erwogen, alle Personen unter Aufsicht zu stellen, deren Schuld am Ausbruch des Weltkrieges bereits feststeht. So sollen die Grafen Berchtold und Czernin und mehrere Geisandte sowie hohe Beamte des Kriegsministeriums, die sich an Kriegslieferungen beteiligt haben, unter Aufsicht gestellt werden. Auch Kaiser Karl sowie den Erzherzögen Friedrich, Eugen und Peter Ferdinand soll das gleiche Schicksal bevorstehen. Ferner dürfen die Heerführer Erz. H. von W., General Potiorek, Vorovicz, Frank, Lantl, Koenigsmarck, Wahn und Brudermann unter Aufsicht stehen.

Österreich.

* Die konstituierende Nationalversammlung ist nunmehr auf den 1. März 1919 nach Wien einberufen worden. Die Wahl dazu wird auf einen Sonntag Ende Januar oder Anfang Februar ausgeschrieben werden. Die Wahl beruht auf dem Proportionalsystem mit gebundener Parteiliste. Insgesamt sind für alle Gebiete Deutsch-Österreichs 38 Wahlkreise vorgeesehen mit 210 Mandaten, indem entsprechend der Bevölkerungszahl auf je 48000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt.

* Wie in London bestimmt versichert wird, kann die Friedenskonferenz eher zusammengetreten als angenommen wurde, da die Vorbereitungen schon weit fortgeschritten sind. Die englischen Friedensdelegierten und ihre Stäbe werden zwischen 450 und 500 Mann stark sein. Die Unterkünfte für sie werden binnen vierzehn Tagen vorbereitet sein. U. a. werden sich Lord George und Clemenceau während Clemenceaus Besuch in London über den Termin des Zusammentritts der Friedenskonferenz besprechen.

Italien.

* Der Antrag der Sozialisten auf Einberufung einer Konstituante wurde von der Kammer abgelehnt. Schatzminister Ritti stellte die dringende Forderung auf, die Interessen der Einzelperson unbedingt dem Gesamtinteresse unterzuordnen, um Katastrophen beim Übergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft zu vermeiden. Aus demselben Grunde sei die sofortige Herabsetzung der Preise notwendig, wodurch große Ausgaben verminder werden können. Den demobilisierten Soldaten werde noch einige Monate der Sold weiterbezahlt werden. Ein großer Nationalfonds soll für die kämpfenden beschafft werden.

Polen.

* Geradezu furchtbare Judenverfolgungen haben sich in Lemberg ereignet. Ungezählte Hunderte von Juden wurden ermordet. Einige hundert Juden flüchten in die Synagogen und verbarrikadierten sich dort in der Hoffnung, daß die Mordbrenner vor dem Heiligtum Respekt haben würden. Die polnischen Legionäre erfuhrn davon, umzäunten das alte Gebetshaus und legten Feuer an.

Während das Bethaus brannte, versuchten zahlreiche Juden aus den Fenstern des Gotteshauses zu springen, um sich so zu retten. Aber, wer sich nur aus dem Fenster schwingen wollte, wurde von den unten wartenden Legionären niedergeschossen. Die Hauptsünder sind polnische Legionäre.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 28. Nov. Der unabhängige Sozialdemokrat Dr. Herzfeld, der im Reichstag den Wahlkreis Rostock vertrat, ist dem Staatssekretär des Innern, Professor Hugo Preuß, beigeordnet worden.

Berlin, 28. Nov. Die Reichsregierung hat beschlossen, daß alle politischen Archive, d. h. die des Auswärtigen Amts, des Militärkabinetts und des Oberkommandos in den Märzen unter die Obhut des Rates des Volksbeauftragten gestellt werden.

Berlin, 28. Nov. Staatssekretär David, der sich zurzeit in Wiesbaden befindet, ist schwer erkrankt.

Barcel, 28. Nov. Wie aus Madrid gemeldet wird, machen sich in ganz Spanien die Zeichen einer nahenden Unwölfung immer deutlicher bemerkbar.

Amsterdam, 28. Nov. England wird die Kohlenlieferung für die Schweiz und andere neutrale Länder übernehmen.

London, 28. Nov. Das neuwählende englische Parlament wird am 21. Januar 1919 zusammengetreten.

London, 28. Nov. Im Distrikt East-End wird Asquith als Gegenkandidat die Witwe des 1917 an der Front gefallenen Obersten Hope gegenübergestellt werden. Sie fordert die Hinrichtung des Kaisers.

Moskau, 28. Nov. Sofie ist mit dem Personal der russischen Legation in Berlin und der Berliner Abteilung des Telegrammbureaus Rosta, dem Rundfunkpersonal und dem Kriegsgefangenen-Komitee hier eingetroffen.

Lehales und Provinziales.

Merkblatt für den 30. November.

Sonnenaufgang 7⁴⁵ || Mondaufgang 4⁴⁵ B.
Sonnenuntergang 8¹⁰ || Monduntergang 1⁵⁰ N.
1807 Englicher Satiriker Jonathan Swift geb. — 1798 Balladenkomponist Karl Löwe geb. — 1817 Historiker Theodor Mommsen geb. — 1835 Amerikanischer Humorist Mark Twain geb.

□ Einstellung der Familienunterstützung. Für die Angehörigen von Offizieren, Beamten, Unteroffizieren und Mannschaften, die bereits entlassen sind, dürfen nach einer Bekanntmachung des Kriegsministers keine Familienunterstützungen mehr geleistet werden. Soweit Heeresangehörige vom 1. Dezember 1918 ab Friedensgebührnisse beziehen, kommen auch für sie die Familienzahlungen mit diesem Zeitpunkt in Betracht. Falls nach vorstehendem unzulässige Familienzahlungen dennoch zur Auszahlung oder Abhebung gelangen sollten, so sind die Empfänger zur sofortigen Entlastung verpflichtet. Zur Vermeidung aller hiermit verbundenen Weiterungen empfiehlt es sich, Familienzahlungen nur dann anzunehmen, wenn ihre Zulässigkeit einwandfrei feststeht.

□ Postverkehr nach dem nichtfeindlichen Ausland. Die bisherigen aus militärischen Gründen getroffenen Beschränkungen im Brief-, Postkarten-, Drucksachen- und Zeitungsverkehr nach dem nichtfeindlichen Ausland sind häufig aufgehoben worden. Es bleiben nur noch bestehen die Bestimmungen, wonach Briefe nach dem Ausland offen angeschickt werden müssen, und Briefsendungen (einschließlich der Postkarten und Drucksachen) außer in deutscher nur in den für den Briefverkehr mit dem Ausland bisher zugelassenen fremden Sprachen abgefaßt sein dürfen. Ferner bleiben alle Beschränkungen für den durch die Post vermittelten Geldverkehr, mit dem Ausland aufrechterhalten.

* Hohes Alter. Am 2. Dezember begeht Frau Augusta Maiwald, Mutter der Frau ve w. Schmiedemeister Pohle, Voigtsdorferstraße 21, ihren 90. Geburtstag u. selener geistiger und körperlicher Frische.

□ Der Weihnachtspostverkehr. Vom 16. bis 24. Dezember treten im Paketverkehr einige Einschränkungen ein, Pakete mit Wertangabe werben zur Beförderung nur angenommen, wenn sie, abgesehen von Mitteilungen über den Inhalt, ausschließlich Bargeld, Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine u. dergl. enthalten. Für die gleichen Tage werden dringende Pakete und Gilbestellungen von gewöhnlichen Paketen nicht angenommen. Zur Sicherung der vünftlichen Zustellung und zur Vermeidung von Stockungen im Postverkehr ist die frühzeitige Auflieferung der Weihnachtssendungen notwendig. Es ist zweckmäßig, in den mit dauerhafter Abschrift versehenen Paketen eine Abschrift der Abschrift beizulegen und auf der Paketaufschrift den Absender anzugeben. — Postsendungen, die von Arbeitsnachweisen alter Art zur Unterbringung von Erwerbslosen oder Angelegenheiten der Demobilisierung betreffen, werden unter dem Begriff "Heeresfache" für die Dauer der Demobilisierung gebührenfrei befördert. Voraussetzung ist, daß die Arbeitsnachweise ihre Sendungen mit dem Dienststempel einer Reichs-, Staats- oder Gemeindehöfe versehen lassen, Ortsstempel müssen freigemacht werden.

□ Ein neuer Komet wurde am 23. November von dem Direktor der Hamburger Sternwarte in Bergedorf, Schnoor, im Sternbild des Stiers auf photographischem Wege entdeckt. Er ist sehr lichtschwach, von der Helligkeit 14. Größe und bewegt sich in westlicher Richtung fort.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 1. Dezember (1. Advent), vormittags um 9 Uhr Beichte und hl. Abendmahl. Um 9^{1/2} Uhr Ansang des Gottesdienstes. Nachmittags um 5 Uhr Beichte und hl. Abendmahl im Saale der Harmonie. Abends um 8 Uhr Versammlung des Christlichen Vereins junger Männer im Speisesaal der Firma Füllner.

Katholische Kirche.

Sonntag, den 1. Dezember, 6^{1/2} Uhr hl. Messe, 9 Uhr Predigt und Hochamt, 2^{1/2} Uhr Segensandacht. Wochensonntags: Dienstag, Donnerstag und Freitag 6^{1/2} Uhr, an den übrigen Tagen 6^{1/2} und 7^{1/2} Uhr. Sonnabend abend 7 Uhr Bittandacht.

Beichtgelegenheit: vor und nach jeder hl. Messe, sowie Sonnabend von 5 Uhr nachmittag ab und während der Bittandacht.

Christliche Gemeinschaft innerhalb der Bundeskirche Sonntag nachmittag 1^{1/2} Uhr Versammlung Deutsche Kolonie 4 und Donnerstag nachmittag 4 Uhr Bibelstunde, Villa Hörter, Salzstraße, 1 Treppe.

Belehrung.

1. Auf Grund der Verordnung des Bundesrates vom 8. Mai 1918 findet am 4. Dezember 1918 eine

Belehrung

statt. Sie erstreckt sich auf Pferde, Rindviech, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen und Federviech.

Die Belehrung wird durch ehrenamtlich tätige Zähler vorgenommen. Es wird ersucht, diesen Herren das Amt nach Möglichkeit zu erleichtern. Sollte ein Haushalt bei der Belehrung übergegangen werden, so hat der betreffende Haushaltungsverstand die erforderlichen Angaben am 5. Dezember vormittags in der Ortsanzlei zu machen.

Nach der vorgenannten Verordnung wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft, wer vorfällig eine Anzeige nicht erstattet oder willentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht. Auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, als dem Staate verfallen erklärt werden.

Warmbrunn, den 29. November 1918.

Der Gemeindevorstand.

J. B.: Dürig.

Rücktransport der Kriegshunde.

Die in der Heimat und im Felde befindlichen mit Diensthunden belieferten Truppenteile haben Anweisung erhalten, die Hunde unmittelbar ihren Besitzern gegen Empfangsbehörde zu übergeben. Über jeden Zeitpunkt der Rückführung können nähere Angaben nicht gemacht werden. Es sind hier die gleichen Schwierigkeiten, wie bei dem Rücktransport der Mannschaften zu überwinden. Innerhin ist damit zu rechnen, daß in Unbeacht der schnellen Räumung der besetzten Gebiete und wie gesagt unter Berücksichtigung der Transportschwierigkeiten, dieser oder jener Hund nicht oder erst später zurückgebracht werden kann. Hunde, die von den Besitzern zur freien Verfügung gestellt wurden, auf deren Rückgabe also von vornherein verzichtet wurde, gehen in den Besitz der Heeresverwaltung über.

Es wird gebeten, Anfragen der Hundebesitzer, wann die Rückführung ihres Hundes erfolgt, wo sich das Tier befindet usw., nicht ergehen zu lassen, da die Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission Abteilung Kriegshunde unter den heutigen Verhältnissen selbst nichts Näheres weiß und daher bestimmte Angaben nicht zu machen vermag.

Die Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission spricht bei dieser Gelegenheit allen Hundebesitzern, die ihre Tiere zur Verfügung stellten, ihren besten Dank aus. Die Hunde haben viel Gutes geleistet.

Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission Abteilung Kriegshunde (früher Inspektion der Nachrichtentruppen) Charlottenburg, (Sauerstraße 13, 4. Etage).

Warmbrunner Gewerbeverein

Sonnabend, den 7. Dezember, abends 8^{1/2}, Uhr im Hotel "Zur Schnecke"

General-Verhandlung.

1. Jahresbericht.

2. Kassenbericht.

3. Vorstandswahl.

4. Geschäftsbericht.

5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Visiten-Karten
liefern schnell und billig
Nachrichten und Tageblatt.

Wer seinen Winterbedarf in Schuhfett

Zu verkaufen:

1 gr. Gramophon, fast neu mit 12 Platten,
1 Bithex mit unterlegbaren Noten, 3 Kästen mit Schnitterlingen,
2 Vogelbauer, Div. elektr. Kleinleuchtingssartikel, 1 kompl. Haustelefon-Anlage.

Villa „Dahlem“
Ober-Heringsdorf,
gegenüber dem Füllnerwerk.

Wer seinen Winterbedarf in Schuhfett jetzt beschafft, kauft billiger als während der Saison.
Dr. Gentners Schuhfett
Cranolin
erhält das Leder weich, macht es wasserfest und dauerhaft, und färbt jetzt noch prompt gefärbt werden. Hübsche Postkarten und Platzkarten aus der Werkstatt Carl Gentner, Göppingen.